



Ständige Vertretung
der Bundesrepublik Deutschland
bei der Europäischen Union
Brüssel

Per Mail

An das
Generalsekretariat
der Europäischen Kommission
1049 Brüssel

sg-courrier-de-la-commission@ec.europa.eu

BETREFF **Verordnung (EU) 2018/1805 des Europäischen Parlaments
und des Rates vom 14. November 2018 über die gegenseitige
Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsent-
scheidungen (ABl. L 303 vom 28.11.2018, S. 1)**

HIER Erklärungen nach Artikel 24 Absatz 1 und 2, Artikel 4 Absatz 2
und 14 Absatz 2 sowie Artikel 6 Absatz 3 und 17 Absatz 3 der
Verordnung Sicherstellung und Einziehung gegenüber der Kom-
mission

GZ Pol 350.82 (bitte bei Antwort angeben)

HAUSANSCHRIFT

Rue Jacques de Lalaing 8 - 14
1040 Brüssel

INTERNET: www.bruessel-eu.diplo.de

TEL + 32-2-787.1000

FAX + 32-2-787.2000

BEARBEITET VON

H. Gillen

TEL-Durchwahl: + 32-2-787-1213

Pol-s4-eu@brue.diplo.de

Brüssel, 8. Dezember 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich teile Ihnen gemäß Artikel 24 Absatz 1 und 2, Artikel 4 Absatz 2 und 14 Absatz 2 sowie Artikel 6 Absatz 3 und 17 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2018/1805 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen (ABl. L 303 vom 28.11.2018, S. 1 – Verordnung Sicherstellung und Einziehung) Folgendes mit:

Zu Artikel 24 Absatz 1 und 2 der Verordnung Sicherstellung und Einziehung:

Entscheidungsbehörden können in der Bundesrepublik Deutschland – je nach der im Einzelfall einschlägigen Zuständigkeitsregelung der Länder – **sämtliche Staatsanwaltschaften**, also insbesondere der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, die Staatsanwaltschaften, die Generalstaatsanwaltschaften und die Zentrale Stelle in Lud-

wigsburg, und **sämtliche für Strafsachen zuständigen Gerichte**, insbesondere der Bundesgerichtshof sowie die Oberlandesgerichte, Landgerichte und Amtsgerichte sein.

Im Einklang mit Artikel 24 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1805 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen teilt die Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Union, der an der Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft teilnimmt, der Europäischen Kommission hiermit mit, dass die **Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa)** im Rahmen ihrer Zuständigkeit gemäß den Artikeln 22, 23 und 25 der Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates befugt ist, als Entscheidungsbehörde entsprechend der Begriffsbestimmung in Artikel 2 Nummer 8 der Verordnung (EU) 2018/1805 für den Erlass beziehungsweise die Ausstellung von Sicherstellungsentscheidungen und Sicherstellungsbescheinigungen im Sinne dieser Verordnung zu fungieren.

Entscheidungsbehörden können ferner die Hauptzollämter, Finanzämter, das Bundeszentralamt für Steuern und die Familienkassen als **Finanzbehörden** nach innerstaatlichem deutschen Recht (§ 386 Absatz 1 Satz 2 der Abgabenordnung – AO) sein. Finanzbehörden haben unter den näheren Voraussetzungen des innerstaatlichen deutschen Rechts die Befugnis, Ermittlungsverfahren selbständig durchzuführen (§ 386 Absatz 2 AO). Sie nehmen insoweit die Rechte und Pflichten wahr, die der Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren zustehen (§ 399 Absatz 1 AO in Verbindung mit § 77 Absatz 1 des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen – IRG), und sind damit Entscheidungsbehörde für Sicherstellungsentscheidungen nach Artikel 2 Nummer 8 Buchstabe a Ziffer i der Verordnung Sicherstellung und Einziehung. Ersuchen von deutschen Finanzbehörden, die ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren selbständig durchführen, bedürfen daher keiner Bestätigung durch eine Richterin oder einen Richter, ein Gericht oder einen Staatsanwalt bzw. eine Staatsanwältin.

Entscheidungsbehörden können schließlich **Verwaltungsbehörden** sein, die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständig sind. Für Ersuchen, die deutsche Verwaltungsbehörden an einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union richten, ist in Übereinstimmung mit Artikel 2 Nummer 8 Buchstabe a Ziffer ii der Verordnung Sicherstellung und Einziehung vor-

gesehen, dass diese vor der Übermittlung an den ersuchten Mitgliedstaat der zuständigen Staatsanwaltschaft zur Bestätigung vorzulegen sind. Örtlich zuständig ist die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, in dessen Bezirk die Verwaltungsbehörde ihren Sitz hat. Die Länder können die Zuständigkeit für die Bestätigung abweichend hiervon einem Gericht zuweisen oder die örtliche Zuständigkeit der bestätigenden Staatsanwaltschaft abweichend regeln (§ 96e Absatz 2 IRG).

Vollstreckungsbehörden können die für die Strafvollstreckung zuständigen **Staatsanwaltschaften** sein, insbesondere der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof und die Staatsanwaltschaften.

Zu Artikel 4 Absatz 2 und 14 Absatz 2 der Verordnung Sicherstellung und Einziehung:

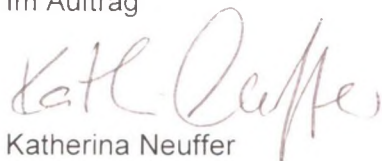
Die Bundesrepublik Deutschland **verlangt nicht**, dass die Entscheidungsbehörde ihr bei der Übermittlung einer Sicherstellungs- oder Einziehungsbescheinigung zwecks Anerkennung und Vollstreckung einer Sicherstellungs- oder Einziehungsentscheidung das Original der Sicherstellungs- oder Einziehungsentscheidung oder eine beglaubigte Abschrift davon zusammen mit der Sicherstellungs- oder Einziehungsbescheinigung übermitteln muss.

Zu Artikel 6 Absatz 3 und 17 Absatz 3 der Verordnung Sicherstellung und Einziehung:

Die Bundesrepublik Deutschland akzeptiert eingehende Sicherstellungs- oder Einziehungsbescheinigungen nach der Verordnung Sicherstellung und Einziehung nur **in deutscher Sprache**.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Katherina Neuffer